Stadt Cottbus / město Chósebuz Der Oberbürgermeister

mit Veränderungen (siehe Niederschrift)



Vorlagen-Nr.				
StVV	I-019/20			
НА				

Geschäftsbereich: I Fachbereich: 30 To			ermin der Tagung:	25.03.2020		
Vorlage zur Entscheidung						
durch den Hauptausschuss						
	mlung		nichtöffentlic	ch		
Beratungsfolge:	Datum			Datum		
 □ Dienstberatung Oberbürgermeister □ Ausschuss für Haushalt und Finanzen □ Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen □ Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten □ Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten □ Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten □ Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel □ Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf □ Information an AG Ortsteile □ Jugendhilfeausschuss 03.03.2020 Beratungsgegenstand: 3. Änderung der Neufassung der Hauptsatzung der kreisfreien Stadt Cottbus/Chóśebuz vom 28.10.2016						
Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: 3. Änderung der Neufassung der Hauptsatzung der kreisfreien Stadt Cottbus/Chóśebuz vom 28.10.2016 Holger Kelch						
Beratungsergebnis des HA/der StVV: einstimmig mit Stimmer laut Beschlussvorschlag	nmehrheit			D :		

Anzahl der Stimmenthaltungen:

Vorlagen-Nr.: I-019/20

.	1.1.		1			/D			
ro	elde	mbe	scn	reibi	una/	Rec	ırun	aur	1a:

Mit dem Ersten Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) ist die Vorschrift des § 18a BbgKVerf eingefügt worden. Hiernach bestimmt die Hauptsatzung, welche Formen der eigenständigen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde geschaffen werden. Kinder und Jugendliche sind an der Entwicklung dieser Formen angemessen zu berücksichtigen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chóśebuz hat am 20.01.2019 die Erarbeitung eines Beteiligungskonzeptes für Kinder und Jugendliche beschlossen. Obgleich sich das

Beteiligungskonzept derzeit noch in der finalen Abstimmung befindet, wurde die Stadt Cottbus/Chóśebuz vom Ministerium des Inneren und für Kommunales (MIK) aufgefordert, die Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche in der Hauptsatzung aufzuführen. Darüber hinaus wird für die Sicherstellung der Aufgabe der Einsatz einer/-s hauptamtlichen Beauftragten für Kinder und Jugendliche vorgeschlagen.					
Als Änderung der Tätigkeit einer/-s Kinder- und Jugendbeauftragten ist vorgesehen, dass diese/-r Beauftragte ihre Tätigkeit nunmehr hauptamtlich wahrnimmt.					
Finanzielle Auswirkungen: 1. Gesamtkosten:	☐ Ja	☐ Nein			
2. Sicherstellung der Finanzierung:					
3. Folgekosten:					